

Wolfgang Neugebauer

## Der österreichische Widerstand 1938–1945

### Vorbemerkung

Dieser Überblicksbeitrag basiert ebenso wie der 2008 erschienene Band „Der österreichische Widerstand 1938–1945“<sup>1</sup> auf den umfassenden Archivbeständen bzw. Forschungsergebnissen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW), insbesondere auf der Publikationsreihe „Widerstand und Verfolgung“ (zu sechs österreichischen Bundesländern)<sup>2</sup> und den Kooperationsprojekten des DÖW mit der Universität Marburg zur Aufarbeitung der NS-Justiz in Österreich. Im Zuge des letztgenannten Projekts wurden die Verfahren des Volksgerichtshofs und der Oberlandesgerichte Wien und Graz gegen insgesamt 6300 WiderstandskämpferInnen erfasst, statistisch und analytisch ausgewertet und in einer Mikrofiche-Edition veröffentlicht, womit der Großteil des organisierten Widerstandes in Österreich dokumentiert wird.<sup>3</sup> Die Frage, ob sich aus den NS-Justizakten ein repräsentatives Bild des Widerstandes erschließen lässt, kann in diesem Rahmen nicht behandelt, aber aus meiner 40-jährigen Beschäftigung mit dem Quellenmaterial des Widerstands eindeutig bejaht werden. Wesentlich flossen in diesen Beitrag weiters die Ergebnisse des vorliegenden Projektes zur namentlichen Erfassung der Opfer politischer Ver-

1 Wolfgang Neugebauer, *Der österreichische Widerstand 1938–1945*, Wien 2008.

2 *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945*, 3 Bde., Wien 1975, 2. Aufl. Wien 1984; *Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945*, Wien 1979, 2. Aufl. Wien 1983; *Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934–1945*, 2 Bde., Wien–Linz 1982; *Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934–1945*, 2 Bde., Wien 1984; *Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945*, 3 Bde., Wien 1987; *Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934–1945*, Wien–Salzburg 1991. Derzeit wird eine entsprechende Publikation zur Steiermark vorbereitet.

3 Wolfgang Form / Wolfgang Neugebauer / Theo Schiller (Hrsg.), *NS-Justiz und politische Verfolgung in Österreich 1938–1945. Analysen zu den Verfahren vor dem Volksgerichtshof und vor dem Oberlandesgericht Wien*, München 2006; Wolfgang Form / Wolfgang Neugebauer / Theo Schiller (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv, *Widerstand und Verfolgung in Österreich 1938 bis 1945. Die Verfahren vor dem Volksgerichtshof und den Oberlandesgerichten Wien und Graz*, Mikrofiche-Edition, München 2004 (gleichnamiger Erschließungsband München 2005).

folgung ein. Das DÖW hat in seinen wissenschaftlichen Arbeiten nie eine enge Beschränkung auf den politisch organisierten Widerstand und die Verfolgung der politischen GegnerInnen vorgenommen und auch jede politische Verengung oder Einseitigkeit vermieden; vielmehr wurden alle Formen des Widerstands und der NS-Verfolgung zu dokumentieren versucht. Damit stellte sich das DÖW gegen die während des Kalten Kriegs in der BRD und DDR, aber auch in Österreich verbreitete Tendenz, jeweils politisch nicht genehme Widerstandsgruppen in Dokumentationen und Publikationen einfach auszuklamern. Im Sinne dieses breit angelegten, auf den Linzer Zeitgeschichtepionier Karl R. Stadler<sup>4</sup> zurückgehenden Widerstandsbegriffs des DÖW werden nicht nur alle Gruppen und Strömungen des Widerstandes, bis hin zu dissidenten politischen und religiösen Kleingruppen, berücksichtigt, sondern auch die verschiedenen, über den engeren politischen Bereich hinausgehenden Formen nonkonformer Verhaltensweisen.

## Voraussetzungen und Spezifika des österreichischen Widerstandes

Unmittelbar nach dem „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland im März 1938 stieß die Organisation des Widerstandes auf nicht geringe Schwierigkeiten. Der kampflose Untergang Österreichs, die aus verschiedenen Ursachen resultierende Passivität der Westmächte, die totale nationalsozialistische Machtergreifung, die brutalen Verfolgungsmaßnahmen und die erzwungene Flucht tausender potenzieller NS-GegnerInnen wirkten sich ebenso negativ aus wie die weit über die NS-SympathisantInnen hinausgehende pronazistische Jubelstimmung und die verschiedenen anschlussfreundlichen Erklärungen österreichischer Institutionen und Persönlichkeiten, u. a. der österreichischen Bischöfe und des bekannten Sozialdemokraten Karl Renner.

Im Unterschied zu anderen besetzten Ländern, wo von vornherein die nationalsozialistischen deutschen Besatzer ein klares Feindbild bildeten und der Widerstand zur Sache aller nationalen Kräfte wurde, hatten die österreichischen WiderstandskämpferInnen in einer zum Teil feindlichen, von Denun-

4 Maria Szécsi / Karl Stadler, Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer, Wien–München 1962; Karl R. Stadler, Österreich 1938–1945 im Spiegel der NS-Akten, Wien 1966; siehe dazu ausführlicher den Beitrag des Autors zur Widerstandsforschung in der vorliegenden Online-Publikation.

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945

ziantInnen und fanatischen RegimeanhängerInnen durchsetzten Umwelt zu wirken. Eine gemeinsame nationale Wurzel des Widerstandes, die – ungeachtet der auch dort bestehenden politischen Differenzierungen – für andere von Hitlerdeutschland besetzte Länder charakteristisch war, war aufgrund der besonderen „nationalen“ Situation Österreichs – weit verbreiteter Deutschnationalismus, sich erst entwickelnder Österreichpatriotismus – lange Zeit kaum vorhanden. Trotzdem kann man von einem „spezifisch österreichischen Widerstand“ (Ernst Hanisch)<sup>5</sup> sprechen, nicht zuletzt weil organisatorisch eine nahezu völlige Trennung zwischen österreichischen und deutschen Widerstandsgruppen bestand.

Karl R. Stadler hat schon in seinen klassischen Werken zum Widerstand in den 1960er-Jahren herausgearbeitet,<sup>6</sup> dass das NS-Regime entsprechend der politisch-gesellschaftlichen Struktur Österreichs zwei große potenzielle Hauptgegnergruppen vorfand, aus denen sich der Widerstand rekrutierte: die organisierte Arbeiterbewegung, hauptsächlich in den Industriezentren im Osten Österreichs konzentriert, und das katholisch-konservativ-bürgerliche Lager. Zu Recht stellte Ernst Hanisch fest, dass die „für Österreich typische tiefe parteipolitische Fragmentierung“ auch den Widerstand prägte.<sup>7</sup>

### Zur regionalen Verteilung, Alters- und Geschlechtsstruktur und politischen Zuordnung des Widerstandes<sup>8</sup>

Auf der Grundlage der 6300 wegen Widerstandsdelikten (Hochverrat, Wehrkraftzersetzung, Feindbegünstigung etc.) Angeklagten vor den OLG Wien und Graz bzw. dem VGH kann festgestellt werden, dass Wien und die Steiermark den Schwerpunkt des österreichischen Widerstandes bildeten. Bei den Tatorten in Hochverratsachen vor den OLG stand Wien mit 31,4 % vor der

5 Ernst Hanisch, Gibt es einen spezifisch österreichischen Widerstand?, in: Peter Steinbach (Hrsg.), Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte, Köln 1987, S. 163–176.

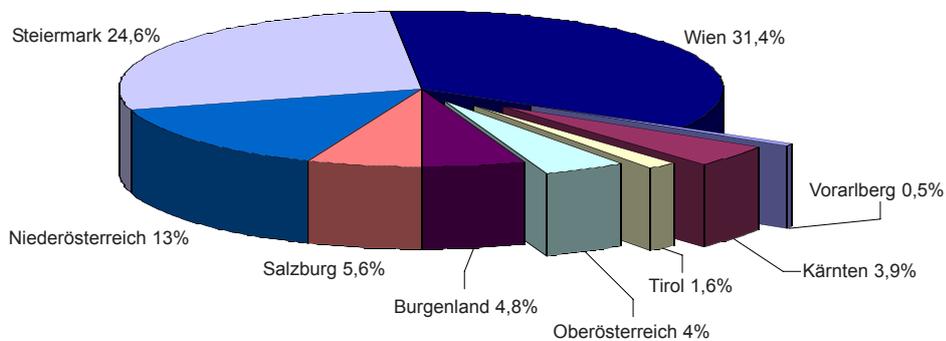
6 Siehe Fußnote 4.

7 Hanisch, Widerstand.

8 Um Missverständnissen vorzubeugen, sei hier nochmals betont, dass sich die nachstehenden Zahlenangaben (und die damit verbundenen Interpretationen) nur auf die angeführten, vom VGH und den OLG verfolgten Delikte beziehen und daher nur für den organisierten politischen Widerstand relevant sind. Der Widerstand von Einzelpersonen (etwa Heimtückeergehen, Rundfunkverbrechen, verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen etc.) wurde zum Großteil von den Sondergerichten geahndet bzw. im Falle von JudenhelferInnen, nonkonformen Jugendlichen u. a. von der Gestapo sanktioniert.

Steiermark mit 24,6 % an erster Stelle, ebenso beim VGH mit 35,9 % vor der Steiermark mit 30 %. Bei den VGH-Verfahren „Hochverrat als Wehrkraftzersetzung“ lag die Steiermark sowohl bei den Wohnorten (24 %) als auch bei den Tatorten mit 22 % an der Spitze.<sup>9</sup> Der Zusammenhang mit der industriellen Struktur und den starken politischen Traditionen der Arbeiterbewegung in diesen Regionen liegt auf der Hand.

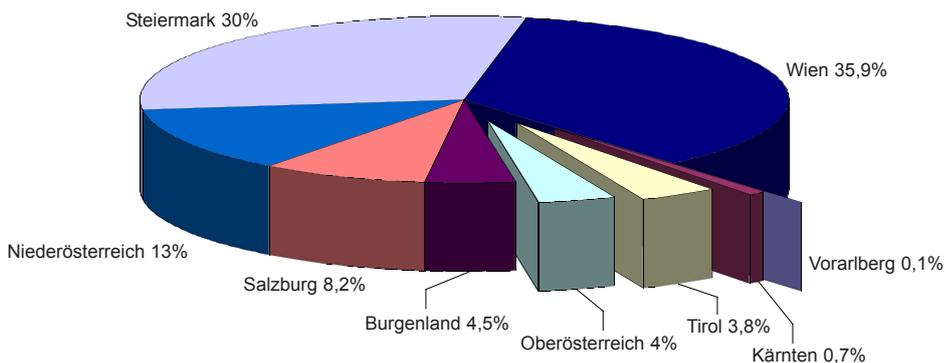
**Graphik 1: Tatorte in Hochverrattssachen beim OLG**



Quelle:

Michael Lojowsky,  
Hochverrat, in:  
Wolfgang Form /  
Wolfgang Neugebauer /  
Theo Schiller (Hrsg.),  
NS-Justiz und politische  
Verfolgung in Österreich  
1938–1945. Analysen zu  
den Verfahren vor dem  
Volkserichshof und vor  
dem Oberlandesgericht  
Wien, München 2006,  
S. 154 und 213.

**Graphik 2: Tatorte in Hochverrattssachen beim VGH**



<sup>9</sup> Siehe dazu die einschlägigen Passagen in: Form / Neugebauer / Schiller (Hrsg.), *Widerstand und Verfolgung*; weiters: Wolfgang Neugebauer, *Widerstand in der Steiermark*, in: Heimo Halbrainer / Gerald Lamprecht / Ursula Mindler (Hrsg.), *NS-Herrschaft in der Steiermark. Positionen und Diskurse*, Wien–Köln–Weimar 2012, S. 300 f.

Die altersmäßige Verteilung dieser wegen Widerstandshandlungen gerichtlich Verfolgten zeigt, dass der Altersdurchschnitt der wegen Hochverrats vor dem Volksgerichtshof stehenden Angeklagten bis 1941 um die 30 Jahre betrug, dann bis 1944 stark anstieg und im Durchschnitt bei 40 Jahren lag. Der jüngste Angeklagte war bei der Festnahme 18 Jahre alt. Bei den vor dem Oberlandesgericht Wien wegen Hochverratsdelikten angeklagten Personen war das Durchschnittsalter bei knapp 38 Jahren, aber es gab eine bemerkenswerte Häufung bei den um die 20 Jahre alten Angeklagten. Die jüngsten waren bei der Urteilsverkündung 16 Jahre alt.<sup>10</sup> Das höhere Durchschnittsalter bzw. dessen Anstieg zwischen 1941 und 1944 sind zum einen darauf zurückzuführen, dass die politische Sozialisierung der meisten Angeklagten schon vor 1934 in sozialdemokratischen Organisationen bzw. zu einem Teil bis 1938 in katholischen und „ständestaatlichen“ Verbänden erfolgt war, womit die weltanschauliche Basis für den Widerstand gelegt war, während nach 1938 die Hitler-Jugend (HJ) das Jugendmonopol hatte und diese jüngeren Männer und Frauen nur mehr schwer für den Widerstand gewonnen werden konnten. Zum anderen reduzierte die Einziehung immer neuer Jahrgänge zur Wehrmacht die Zahl der jüngeren, für einen Widerstand in Frage kommenden Männer.

Die geschlechtermäßige Aufschlüsselung der Angeklagten spiegelt die patriarchalische Grundstruktur der damaligen politischen Verhältnisse wider, und zwar nicht nur auf der Verfolgerseite, sondern auch bei den Widerstandsgruppierungen. Von den 2779 vor dem OLG Wien in Hochverratsverfahren (nach § 83 Abs. 3 RStGB) Angeklagten waren 341 weiblich (12,3 %); bezogen auf die Gesamtzahl aller vor den politischen Senaten des OLG Wien Angeklagten waren es 16,1 %. Bei den Hochverratsverfahren vor dem VGH lag der Anteil der weiblichen Angeklagten bei 11,3 % (105 Personen); hinsichtlich der Gesamtzahl der österreichischen Angeklagten (über alle Delikte) vor dem VGH gab es einen Frauenanteil von 15,2 %. Von den 321 vom VGH in Hochverratsverfahren ausgesprochenen Todesurteilen richteten sich 19 (5,9 %) gegen Frauen.<sup>11</sup> Diese offenkundige Unterrepräsentanz von Frauen hängt zum einen damit zusammen, dass Gestapo und NS-Justiz weibliche Regimegegner im Allgemeinen als weniger gefährlich als männliche ansahen und Widerstandskämpferinnen nur als Helferinnen oder als mitwirkende Ehefrauen oder Freundinnen der männlichen „Haupttäter“ qualifizierten. Zum anderen bestimmten

10 Michael Lojowsky, Hochverrat, in: Form / Neugebauer / Schiller (Hrsg.), NS-Justiz, S. 70 ff., 143, 206 ff.; Albrecht Kirschner, Wehrkraftzersetzung, in: Form / Neugebauer / Schiller (Hrsg.), NS-Justiz, S. 459.

11 Alle Zahlenangaben stammen von: Lojowsky, Hochverrat, S. 143 ff., 206 ff.

patriarchalische Traditionen, Mentalitäten und Verhaltensweisen auch die Haltung der Widerstandsgruppen, einschließlich der linken und kommunistischen Organisationen. Die Widerstandskämpferinnen mussten sich zum Großteil eher mit untergeordneten Funktionen, als Schreiberinnen von Flugblättern, Quartiergeberinnen, Kurierinnen und dergleichen, bescheiden, während als Spitzenfunktionäre, Anführer von Gruppen, Programm- und Flugblattverfasser etc. meistens Männer fungierten. Von den Verfolgern härter angefasst wurden Aktivistinnen des Kommunistischen Jugendverbandes, die „wehrkraftzersetzende“ Kettenbriefe an Soldaten verschickt hatten und von denen einige ungeachtet ihres geringen Alters hingerichtet wurden, sowie die – oft brutal misshandelten – Helferinnen von FallschirmagentInnen. Ohne jede Rücksichtnahme wurden jüdische Frauen im Widerstand behandelt, die – wie auch jüdische Männer – ab 1943 nicht mehr vor Gericht gestellt, sondern in KZ und Vernichtungslager deportiert wurden. So wurde etwa die Angehörige der Scholz-Gruppe Marie Louise Mayer, die vom Gericht vermutlich nicht zum Tode verurteilt worden wäre, als Jüdin nach Auschwitz deportiert und ermordet.<sup>12</sup>

Die politische Zuordnung der vor VGH und OLG Angeklagten ergibt – wie die Tabellen 1 und 2 zeigen – eine Dominanz des kommunistischen Widerstandes. Auf diese Struktur wird in den folgenden Abschnitten näher eingegangen.

Die politische Zuordnung der von der Gestapo Wien festgenommenen WiderstandskämpferInnen ergibt hinsichtlich des organisierten politischen Widerstandes logischerweise ein ähnliches Bild, zumal die Angeklagten bzw. Verurteilten zuerst von der Gestapo „beamtshandelt“ und dann an die Gerichte überstellt worden waren.<sup>13</sup> Über jene WiderstandskämpferInnen, die von der Gestapo ohne Gerichtsverfahren (oder auch nach abgeübter Strafhaft) in Lager überstellt worden sind, können aufgrund der nicht weiter differenzierten Kategorisierung durch Gestapo und SS keine Aussagen zur politischen Zugehörigkeit getroffen werden – diese Häftlinge wurden als „Schutzhäftlinge“ (mit Zusätzen wie politisch oder Jude) in den KZ registriert.<sup>14</sup>

12 Zur Rolle von Frauen im Widerstand siehe allgemein: Ingrid Strobl, „Sag nie, du gehst den letzten Weg“. Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung, Frankfurt/M. 1989.

13 Siehe dazu die Ausführungen über „Opfergruppen“ in dem Beitrag über die Gestapo.

14 Siehe dazu die Ausführungen zur Struktur der KZ-Häftlinge im Beitrag von Gerhard Ungar.

Tabelle 1: **ÖsterreicherInnen vor dem Volksgerichtshof – Gruppenzugehörigkeit**<sup>15</sup>

Vom Volksgerichtshof wurden insgesamt seit seiner Errichtung 1934 etwa 7075 Verfahren mit etwa 16.700 Angeklagten geführt. Der Anteil der Todesstrafen betrug etwa 31 % (etwa 5200 Todesurteile bei 16.700 Angeklagten). 2137 Personen insgesamt, darunter 325 Frauen, wurden vom Oberreichsanwalt beim VGH in 726 Verfahren wegen Hochverrats, Landesverrats (inkl. Feindbegünstigung) oder Wehrkraftzersetzung angeklagt.

	Mitgliedschaft vor 1934	Mitgliedschaft/Zugehörigkeit nach 1938
Sozialdemokratische Arbeiterpartei und Unterorganisationen	1582 (74,0 %)	98 (4,6 %)
KPÖ und Unterorganisationen	120 (5,6 %)	1106 (51,8 %)
Katholisch-konservative Organisationen		219 (10,2 %)
Legitimistische Gruppen		193 (9,5 %)
Christlichsoziale Partei Österreichs	23 (1,1 %)	9 (0,4 %)
NSDAP-Mitglieder		41
Juden		17
Zeugen Jehovas		11

15 Die Tabellen ÖsterreicherInnen vor dem VGH und vor den OLG Wien und Graz wurden mir dankenswerterweise von Dr.<sup>in</sup> Ursula Schwarz, Sachbearbeiterin des Kooperationsprojektes des DÖW und der Universität Marburg zur NS-Strafjustiz in Österreich, zur Verfügung gestellt.

Bei den katholisch-konservativen und bei den legitimistischen Angeklagten erfolgte keine Bereinigung der Mehrfachanführungen, so dass sich die Gesamtzahl beider Gruppen etwas reduziert. Auf der anderen Seite kamen viele aus diesem Lager nicht vor den VGH oder die Besonderen Senate der OLG, sondern wurden vom Sondergericht, meist wegen des weit milder bestraften Deliktes „Vergehen nach dem Gesetz zur Neubildung von Parteien“, abgeurteilt.

Tabelle 2: **ÖsterreicherInnen vor den Oberlandesgerichten Wien und Graz – Gruppenzugehörigkeit**

4163 Personen insgesamt, darunter 672 Frauen (hinsichtlich acht Personen konnte das Geschlecht aufgrund fehlender Vornamen nicht festgestellt werden), wurden vom Generalstaatsanwalt in 1988 Verfahren wegen Hochverrats, Landesverrats (inkl. Feindbegünstigung) oder Wehrkraftzersetzung angeklagt.

	Mitgliedschaft vor 1934	Mitgliedschaft/Zugehörigkeit nach 1938
Sozialdemokratische Arbeiterpartei und Unterorganisationen	2650 (63,7 %)	130 (3,1 %)
KPÖ und Unterorganisationen	308 (7,4 %)	1930 (46,4 %)
Katholisch-konservative Organisationen		275 (6,6 %)
Legitimistische Gruppen		51 (1,2 %)
Christlichsoziale Partei Österreichs	25 (0,6 %)	28 (0,7 %)
NSDAP-Mitglieder		30
Juden		22
Zeugen Jehovas		1

## Sozialistischer Widerstand

Der sozialistische Widerstand gegen das NS-Regime hatte seine Wurzeln in der Zeit 1934 bis 1938, als die Revolutionären Sozialisten vier Jahre lang dem Dollfuß-Schuschnigg-Regime Widerstand leisteten. Nach der Niederlage der österreichischen Sozialdemokratie im Bürgerkrieg im Februar 1934 und dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) und aller anderen sozialdemokratischen Organisationen hatten sich nach einer Phase der Neuorientierung, als nicht wenige enttäuschte SozialistInnen zu den KommunistInnen übertraten, die Revolutionären Sozialisten (RS) als Nachfolgepartei der SDAP

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945

formieren und durchsetzen können. Unterstützt von dem von Otto Bauer geleiteten Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten (ALÖS) in Brünn hatten die RS in ganz Österreich ein starkes Netz an „illegalen“, d. h. im Untergrund wirkenden, Organisationen aufgezogen, das von einem Zentralkomitee über Landesorganisationen bis zu Bezirksgruppen und Basiszellen reichte.

Das Ehepaar Hans (geb. 1906) und Stefanie Kunke (geb. 1908) gehörte nach dem Februar 1934 dem Zentralkomitee der Revolutionären Sozialistischen Jugend an. Beide wurden am 20. Mai 1938 festgenommen. Hans Kunke kam im Oktober 1940 im KZ Buchenwald, Stefanie Kunke im Februar 1943 in Auschwitz ums Leben.

Fotos: DÖW



Die RS büßten ihre Vorrangstellung im Widerstand der Jahre 1934–1938 vor allem auf Grund ihrer konspirativen Vorsicht und Zurückhaltung ein. In Erkenntnis der ungleich schärferen Verfolgungsmaßnahmen des Naziregimes hatte das Zentralkomitee der RS im März 1938 die Weisung ausgegeben, alle Aktivitäten für drei Monate einzustellen. Diese Einstellung der Parteiführung sowie die Verhaftung vieler SozialistInnen und die erzwungene Flucht oder Auswanderung belasteter FunktionärInnen führten zu einem organisatorischen Niedergang. Viele zum Widerstand bereite ArbeiterInnen, ehemalige SozialdemokratInnen, RS-lerInnen und GewerkschafterInnen waren aber infolge weitgehenden Fehlens eigener Organisationen bereit, mit KommunistInnen zusammenzuarbeiten bzw. in kommunistischen Organisationen mitzuwirken. Aus den Daten des Kooperationsprojekts Universität Marburg–DÖW ist festzustellen, dass von den 4232 vor dem VGH bzw. den OLG Angeklagten mit sozialdemokratischer Parteizugehörigkeit vor 1934 mindestens 2700 WiderstandskämpferInnen zur kommunistischen Bewegung übergingen.<sup>16</sup> Zugespitzt kann man

16 Neugebauer, Der österreichische Widerstand, S. 67.

formulieren: Die überwältigende Mehrheit der vor Gericht gestellten WiderstandskämpferInnen waren ehemalige SozialdemokratInnen, die nach 1938 in kommunistischen Organisationen tätig wurden.

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945



Hans Gmeiner (geb. 1886) wurde am 22. August 1939 festgenommen und wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Ihm wurden u. a. Verbindungen zu leitenden RS-Funktionären vorgeworfen. Hans Gmeiner starb am 21. Juli 1940 im Inquisitenspital des Landesgerichts Wien.

Foto: DÖW

Die Verfolgungsmaßnahmen und das Abreißen der Verbindungen zum sozialdemokratischen Exil nach dem Kriegsausbruch 1939 führten dazu, dass der sozialistische Widerstand in einzelne, voneinander isolierte Gruppen zerfiel. Einige Funktionäre wie Felix Slavik und Alfred Migsch unternahmten Versuche zum Neuaufbau von Organisationen und arbeiteten mit katholischen und monarchistischen Kreisen bzw. KommunistInnen zusammen. Von den noch weiterexistierenden sozialistischen Widerstandsgruppen war die von dem – 1944 hingerichteten – Wiener Hauptschullehrer Johann Otto Haas geführte Gruppe der Revolutionären Sozialisten am bedeutendsten. Sie hatte bis zu ihrer Aufdeckung im Juli 1942 Stützpunkte in Wien, Salzburg, Tirol und unter den Eisenbahnern sowie Verbindungen zu sozialistischen Gruppen in Süddeutschland.

Nicht wenige sozialdemokratische FunktionärInnen – wie etwa Robert Danneberg, Otto Felix Kanitz, Edmund Reismann oder Käthe Leichter – fielen dem Holocaust zum Opfer.

Die gesamtdeutsche Linie, „die Umwandlung des bestehenden nationalsozialistischen in ein sozialistisches Deutschland“, wie sie vom sozialistischen Exil vertreten wurde, war lange Zeit auch für die sozialistischen Widerstandsgruppen im Land maßgeblich. Bezeichnenderweise fehlt in den Anklagen gegen SozialistInnen die gegen KommunistInnen und MonarchistInnen stets erhobene Beschuldigung der „Losreißung der Alpen- und Donaugäue vom

Reich“. Erst im Laufe des Krieges und insbesondere nach der Moskauer Deklaration, in der die Unabhängigkeit Österreichs zum alliierten Kriegsziel erklärt wurde, erfolgte ein Umdenken. Vertreter des deutschen Widerstandes versuchten mehrmals, österreichische Sozialdemokraten und Christlichsoziale zur Mitarbeit zu gewinnen, mussten aber zur Kenntnis nehmen, dass österreichischerseits der Wunsch nach Unabhängigkeit bereits stärker war als die Verbundenheit mit Deutschland.<sup>17</sup>

## Kommunistischer Widerstand

Wenn man die vorhandenen Polizei- und Gerichtsmaterialien als Maßstab nimmt, war der Widerstand der KommunistInnen zahlenmäßig der mit Abstand stärkste von allen politischen Gruppen. Von VGH und OLG Wien bzw. Graz wurden mehr KommunistInnen verurteilt als von allen anderen Gruppierungen zusammen. Von den vor dem VGH bzw. den OLG angeklagten WiderstandskämpferInnen sind fast 50 % dem kommunistischen Widerstand zuzuordnen; zieht man nur den politisch organisierten Widerstand in Betracht (und lässt die Angeklagten ohne Gruppenzugehörigkeit weg), erhöht sich dieser Anteil auf über 70 %.<sup>18</sup> Wie schon erwähnt, ergeben die Tagesberichte der Gestapo Wien in Bezug auf den organisierten politischen Widerstand ein ähnliches Verteilungsverhältnis.<sup>19</sup> So weist ein mit 28. März 1944 datierter Bericht der Gestapo Wien bis Ende 1943 6300 Festnahmen von „kommunistischen Funktionären und Parteigängern“ aus. Gegen diese WiderstandskämpferInnen wurden vom Volksgerichtshof und vom OLG Wien bis zu diesem Zeitpunkt 364 Todesurteile verhängt, von denen 293 vollstreckt wurden.<sup>20</sup>

Diese Einflussgewinnung der bis 1933/34 kleinen KPÖ war möglich, weil die Partei von Anfang an die Parole des aktiven Widerstandes ausgab. Schon in der ersten, am 12. März 1938 beschlossenen Erklärung des Zentralkomitees trat die KPÖ für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs ein und gab ihrem Widerstand – unter Zurücksetzung klassenkämpferischer und revolutionärer Parolen – eine betont österreichisch-patriotische Orientierung. Ana-

17 Wolfgang Neugebauer, Sozialdemokraten in Widerstand und Opposition (1938–1945), in: Erich Fröschl / Maria Mesner / Helge Zoitl (Hrsg.), Die Bewegung. 100 Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1990, S. 453–459.

18 Neugebauer, Der österreichische Widerstand, S. 68 f.

19 Siehe dazu die Ausführungen über „Opfergruppen“ in dem Beitrag über die Gestapo.

20 DÖW 5080.

log zur Entwicklung in anderen von Deutschland besetzten Ländern, wo breite, meist unter kommunistischer Führung stehende nationale Widerstands- und Partisanenbewegungen entstanden, propagierte die KPÖ die Bildung einer überparteilichen „Österreichischen Freiheitsfront“, die jedoch weitgehend nur ein propagandistischer Anspruch blieb. Im Allgemeinen blieb der KP-Einfluss auf die einst sozialdemokratische Arbeiterschaft beschränkt.



Der kommunistische Spitzenfunktionär Leo Gabler (geb. 1908) kam 1941 aus der Sowjetunion zur Widerstandsarbeit nach Österreich zurück. Er wurde im Oktober 1941 verhaftet und war bis zu seinem Prozess 1944 im KZ Mauthausen in Schutzhaft. Leo Gabler wurde am 7. Juni 1944 im Wiener Landesgericht hingerichtet.

Foto: DÖW

In diesem Rahmen kann auf die verschiedenen KPÖ-Leitungsgremien, die aus dem Ausland zurückkehrenden FunktionärInnen und FallschirmagentInnen, die unzähligen Lokal- und Betriebsgruppen, auf den sehr aktiven kommunistischen Jugendverband und auf die militante tschechische KPÖ-Gruppe sowie auf die intensive Propagandatätigkeit in Form von illegalen Zeitungen und Flugblättern nicht weiter eingegangen werden. Hinzuweisen ist aber auf die verheerende Rolle von „V-Leuten“ der Gestapo, also Spitzeln, die ganze Gruppen des kommunistischen, aber auch des sozialistischen und katholischen Widerstandes (mit hunderten AktivistInnen) der Gestapo auslieferten,<sup>21</sup> wäh-

21 Siehe dazu: Hans Schafranek, V-Leute und „Verräter“. Die Unterwanderung kommunistischer Widerstandsgruppen durch Konfidenten der Wiener Gestapo, in: IWK. Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Heft 3 (2000), S. 300–349; Christine Cezanne-Thauss, Lambert Leutgeb. Ein Wiener Gestapobeamter und seine Spitzel. Zur Biographie und Tätigkeit Lambert Leutgeb's, Leiter

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945

rend Denunziationen – abgesehen von erzwungenen Geständnissen – im Bereich des organisierten Widerstandes so gut wie keine Rolle spielten.<sup>22</sup>

Das ganze Ausmaß des kommunistischen Widerstandes wird erst unter Berücksichtigung der Angaben in den folgenden Abschnitten über den jüdischen Widerstand, PartisanInnen, den slowenischer Widerstand, Exilwiderstand sowie den Widerstand in Gefängnissen und Lagern bzw. von ZwangsarbeiterInnen sichtbar.

Anna Gräf (geb. 1925), Wiener Funktionärin des Kommunistischen Jugendverbandes, wurde am 12. Oktober 1943 vom VGH zum Tode verurteilt und am 11. Jänner 1944 im Wiener Landesgericht hingerichtet.

Foto: DÖW



Die Salzburger Funktionärin des Kommunistischen Jugendverbandes Rosa Hofmann (geb. 1919) wurde am 15. Dezember 1942 vom VGH zum Tode verurteilt und am 9. März 1943 im Zuchthaus Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Foto: DÖW

## Katholisch-konservativ-legitimistischer Widerstand

Die katholische Kirche stand zwar nicht als Institution im aktiven Widerstand gegen das NS-Regime, da sie ihre legale Existenz nicht gefährden wollte und einen Modus Vivendi mit den Machthabern suchte; aber allein ihr Vorhandensein und ihre weltanschaulich-geistige Tätigkeit wirkten dem natio-

des Nachrichtenreferats der Gestapoleitstelle Wien, Dipl., Univ. Wien 2003. Die wichtige Rolle der „V-Leute“ wird auch in dem oben angeführten Bericht der Gestapo Wien vom 28. April 1944 (DÖW 5080) hervorgehoben.

22 Die Denunziationen erstreckten sich zum Großteil auf den individuellen Widerstand, vor allem Heimtückeergehen und Rundfunkverbrechen, und kamen zum Großteil aus der NS-Bewegung. Siehe dazu den Beitrag über die Gestapo in dieser Online-Publikation.

nalsozialistischen Totalitätsstreben entgegen. Einen Markstein im Verhältnis Kirche – NS-Regime bildete die Jugendfeierstunde („Rosenkranzfest“) am 7. Oktober 1938 im Stephansdom mit mehr als 7000 TeilnehmerInnen, bei der es nach einer aufrüttelnden Predigt von Kardinal Innitzer zu antinazistischen Bekundungen und Sprechchören von katholischen Jugendlichen auf dem Stephansplatz kam. Die Antwort des Regimes auf diese im „Dritten Reich“ wohl einzigartige Kundgebung war entsprechend brutal: Schon am Rande der Kundgebung wurden einzelne Teilnehmer verhaftet und später in Konzentrationslager gebracht. Am 8. Oktober stürmte die Wiener HJ das Erzbischöfliche Palais, schändete Kreuzfixe, Christus- und Marienbilder und machte Jagd auf den Kardinal; ein Priester wurde aus dem Fenster im ersten Stock geworfen und schwer verletzt.<sup>23</sup>



Hassparolen gegen die katholische Kirche und die Juden prägten die vom Wiener NSDAP-Gauleiter und Reichskommissar Bürckel am 13. Oktober 1938 auf dem Heldenplatz inszenierte NS-Kundgebung.

Foto: DÖW

Zu Verfolgung und Widerstand von Priestern und Ordensangehörigen liegt eine Fülle von Material vor, so dass hier auf Einzelfälle nicht eingegangen wird und nur die Kategorien angeführt werden können: Vergehen gegen die Feiertags- und Gottesdienstordnung, Verbreitung religiösen Schrifttums, Übertretung des Sammlungsgesetzes, Verfolgung wegen antinationalsozialistischer Predigten, staatsfeindliche Äußerungen, Vergehen nach dem Heimtückegesetz, Wehrkraftersetzung, Hochverrat, Rundfunkverbrechen, verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen u. a. Der Leiter des Referats für Selig- und Heiligsprechungsverfahren der Erzdiözese Wien Jan Mikrut hat in mehreren umfassenden

<sup>23</sup> Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945, 1975, Bd. 3, S. 36 ff.

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945

den Publikationen unter dem Titel „Blutzeugen des Glaubens“<sup>24</sup> insgesamt 69 MärtyrerInnen der katholischen Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus dargestellt. Von den zahlreichen Widerstand leistenden katholischen Geistlichen, Ordensangehörigen und LaiInnen seien an dieser Stelle nur drei Persönlichkeiten hervorgehoben: die Salzburger Ordensoberin der Barmherzigen Schwestern Anna Bertha von Königsegg, die 1940/41 mutig gegen die NS-Euthanasie protestierte und inhaftiert und gaurverwiesen wurde; die Krankenschwester und Franziskanerin Sr. Maria Restituta (Helene Kafka), die in ihrem Mödlinger Spital ein Österreich-patriotisches und kriegsgegnerisches Gedicht verbreitet hatte und 1943 hingerichtet wurde; der oberösterreichische Bauer Franz Jägerstätter, der als Christ und österreichischer Patriot den Kriegsdienst verweigert hatte und gleichfalls 1943 hingerichtet wurde.<sup>25</sup>

Sr. Maria Restitua (Helene Kafka, geb. 1894) wurde am 29. Oktober 1942 vom VGH zum Tode verurteilt und am 30. März 1943 im Wiener Landesgericht hingerichtet. 1998 wurde sie seliggesprochen.

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

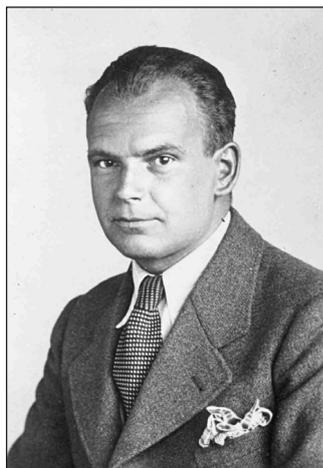


Antikatholische Maßnahmen, Diskriminierung und Verfolgung von „Ständestaats“-Funktionären und die Unterdrückung alles Österreich-Patriotischen führten zur Bildung katholischer Widerstandsgruppen, die ebenso wie die nicht

24 Jan Mikrut (Hrsg.), *Blutzeugen des Glaubens. Martyrologium des 20. Jahrhunderts*, 3 Bde., Wien 1999/2000.

25 Edith Beinhauer, Sr. M. Restituta Kafka SFCC. Selige, Krankenschwester, Demokratin, in: Mikrut (Hrsg.), *Blutzeugen des Glaubens*, Wien 1999, S. 119–134; Maximilian Liebmann, Schlussvortrag im Seligsprechungsprozess Maria Restituta (Helene Kafka), in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hrsg.), *Jahrbuch 1991*, Wien 1991, S. 13–19; Erna Putz, *Franz Jägerstätter: „... Besser die Hände als der Wille gefesselt ...“*, Grünbach 1997; dies. (Hrsg.), *Franz Jägerstätter. Der gesamte Briefwechsel mit Franziska. Aufzeichnungen 1941–1943*, Wien 2007; weiters: Manfred Scheuer, *Selig, die keine Gewalt anwenden. Das Zeugnis des Franz Jägerstätter*, Innsbruck 2007; Gordon F. Zahn, *Er folgte seinem Gewissen. Das einsame Zeugnis des Franz Jägerstätter*, Graz 1967. Die wissenschaftliche Aufarbeitung und die öffentliche Präsentation des Schicksals von Sr. Restituta und Franz Jägerstätter, die 1998 bzw. 2006 seliggesprochen wurden, waren vor allem das Verdienst von Sr. Dr.<sup>in</sup> Edith Beinhauer (Restituta-Forum) und Dr.<sup>in</sup> Erna Putz.

geringen monarchistischen Widerstandsgruppen meist großösterreichische Vorstellungen hatten. Ab Sommer/Herbst 1938 entstanden große konfessionelle und monarchistische Widerstandsgruppen, wie etwa die drei Österreichischen Freiheitsbewegungen (um Roman Karl Scholz, Jakob Kastelic und Karl Lederer), die im Sommer 1940 der Agent-provocateur-Tätigkeit des Burgschauspielers Otto Hartmann zum Opfer fielen. Die führenden Funktionäre Roman Karl Scholz, Gerhard Fischer-Ledenice, Hans Zimmerl, Hanns-Georg Heintschel-Heinegg, Karl Lederer, Rudolf Wallner, Alfred Mieggl, Augustin Grosser, Günther Loch und Jakob Kastelic wurden erst 1944 vor den Volksgerichtshof gestellt, zum Tode verurteilt und im selben Jahr im Wiener Landesgericht hingerichtet. Der Abt des Zisterzienserstifts Wilhering Petrus (Bernhard) Burgstaller kam 1941 im Gefängnis Anrath zu Tode; in bzw. an den Folgen der Haft starben Oberleutnant a. D. Richard Färber, Adolf Gubitzer, Heinrich Hock und Marie Schlagenhauer.<sup>26</sup>



Rudolf Wallner (geb. 1903) war leitender Funktionär der Österreichischen Freiheitsbewegung – Gruppe Lederer. Er wurde am 3. März 1944 vom VGH zum Tode verurteilt und am 10. Mai 1944 im Wiener Landesgericht hingerichtet.

Foto: DÖW

Nach der Zerschlagung dieser ersten großen Widerstandsgruppen 1940 waren die wichtigsten Widerstandsorganisationen in diesem politischen Milieu die Antifaschistische Freiheitsbewegung Österreichs und die Gruppe um den Kap-

<sup>26</sup> Widerstand und Verfolgung in Wien, Bd. 3, S. 95–110; Radomír Luža, Der Widerstand in Österreich 1938–1945, Wien 1985, S. 64–70; Otto Molden, Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938–1945, Wien–München 1958, S. 69–83. Der mehr als dreijährige Aufschub des Prozesses gegen diese katholisch-legitimistischen WiderstandskämpferInnen ging auf eine Anordnung Hitlers zurück.

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945

lan Heinrich Maier und den Semperit-Generaldirektor Franz Josef Messner. Die 1942 bis 1944 operierende Gruppe Maier-Messner wurde durch Einsatz von „V-Leuten“ zwischen Februar und April 1944 von der Gestapo aufgerollt, der VGH verurteilte am 28. Oktober 1944 acht der zehn Angeklagten zum Tode. Die Bedeutung der Gruppe Maier-Messner lag vor allem in den Kontakten zum US-Militärgeheimdienst OSS, der mit wichtigen Informationen über die Rüstungsindustrie in Ostösterreich versorgt wurde.<sup>27</sup> In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die Grenzen zwischen Widerstandsaktivitäten und nachrichtendienstlichen Tätigkeiten für die Alliierten fließend waren und dass aus heutiger Sicht der militärische und geheimdienstliche Einsatz für die Alliierten, von NS-Gerichten und Gestapo bzw. heutigen Rechtsextremen als „Hoch-“ oder „Landesverrat“ diffamiert, als integrierender Bestandteil des Kampfes der Anti-Hitler-Koalition und des europäischen Widerstandes zu werten ist.

Die Antifaschistische Freiheitsbewegung Österreichs (AFÖ), die von dem Klagenfurter Pfarrer Anton Granig und dem ehemaligen Kärntner Landtagsabgeordneten und Sekretär der Vaterländischen Front Karl Krumpf gegründet wurde, hatte in den Jahren 1941 bis 1943 ein weit verzweigtes Widerstandsnetz von Kärnten über die Steiermark bis Wien aufgebaut. „Habsburgisch-separatistischer Hochverrat“ und „gewaltsame Wiederherstellung der Habsburgermonarchie“ waren laut VGH-Urteil die Ziele der Organisation. Die AFÖ wurde im Juli und August 1943 von der Gestapo zerschlagen; von 13 vor dem VGH Angeklagten wurden acht 1944 zum Tode verurteilt.<sup>28</sup>

Verbindungen bestanden zwischen früheren Funktionären der christlichen Arbeiterbewegung, namentlich Felix Hurdes und Lois Weinberger, zu deutschen christlichen Gewerkschaftern um Jakob Kaiser und damit zum Verschwörerkreis des 20. Juli 1944. Gegen Kriegsende formierten sich vielerorts neue Widerstandskreise im bürgerlichen Lager, so dass zu Recht vom Entstehen der ÖVP im Widerstand gesprochen werden kann.

27 Siehe dazu: Siegfried Beer, „Arcel/Cassia/Redbird“. Die Widerstandsgruppe Maier-Messner und der amerikanische Kriegsgeheimdienst OSS in Bern, Istanbul und Algier 1943/1944, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Jahrbuch 1993, Wien 1993, S. 75–100.

28 DÖW 19793/143, 1432, 4173, 8389. Siehe dazu ausführlich: Maximilian Liebmann, Die „Antifaschistische Freiheitsbewegung Österreichs“, in: Geschichte und Gegenwart, Heft 4 (1985), S. 255–281; ders., Planungen und Aktion der „Antifaschistischen Freiheitsbewegung Österreichs“ sowie die von einzelnen ihrer Anhänger, in: Geschichte und Gegenwart, Heft 5 (1986), S. 108–138.

## Widerstand der Zeugen Jehovas und anderer christlicher Gruppen

Die in Österreich schon seit 1935/36 verbotene religiöse Gruppe Internationale Bibelforschervereinigung setzte ihre Tätigkeit nach dem März 1938 unbeirrt fort. Die im NS-Jargon „Bibelforscher“ genannte, sich selbst Zeugen Jehovas bezeichnende christliche Kleingruppe lehnte den nationalsozialistischen Staat kompromisslos ab, verweigerte den vorgeschriebenen „Deutschen Gruß“ ebenso wie den Dienst in der Hitler-Jugend. Das NS-Regime verfolgte die Zeugen Jehovas vor allem wegen ihrer Ablehnung von Kriegsdienst und Rüstungsarbeit konsequent und brutal. Nach Angaben der Glaubensgemeinschaft sind von 550 Mitgliedern in Österreich 157 umgekommen, davon 54 wegen Kriegsdienstverweigerung oder Wehrkraftzersetzung – meist waren dies jüngere eingezogene Männer.<sup>29</sup>



Franz Mattischek (geb. 1915), Zeuge Jehovas aus Atnang-Puchheim, verweigerte aus Glaubensgründen den Fahneneid. Er wurde am 2. Dezember 1939 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Foto: DÖW

Daran gemessen war der Widerstand der evangelischen Kirche und der alt-katholischen Kirche zahlenmäßig gering, wiewohl auch sie von den antikirch-

<sup>29</sup> Siehe dazu: Zeugen Jehovas. Vergessene Opfer des Nationalsozialismus, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1998, S. 37; Thomas Walter, Standhaft bis in den Tod. Die Zeugen Jehovas und die NS-Militärgerichtsbarkeit, in: Walter Manoschek (Hrsg.), Opfer der NS-Militärjustiz. Urteilspraxis, Strafvollzug, Entschädigungspolitik in Österreich, Wien 2003, S. 342–357; Widerstand und Verfolgung in Wien, 1975, Bd. 3, S. 161–185; weiters: [www.standhaft.at](http://www.standhaft.at).

lichen Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes in Mitleidenschaft gezogen wurden. Mehr als gelegentliche regimekritische Predigten oder Stellungnahmen von Vertretern der evangelischen Kirche und anderer christlicher Gruppen, wie z. B. der Baptisten, fielen die Bemühungen der Hilfsstelle der Quäker sowie der (evangelischen) Schwedischen Mission in Wien ins Gewicht, die mehr als 3000 Juden und Jüdinnen und ChristInnen jüdischer Herkunft zur Auswanderung in das neutrale Ausland verhalfen. Als einziges Opfer des evangelischen Widerstandes ist der in Wien studierende ungarische Pfarrer Zsigmond Varga anzusehen, der wegen einer Predigt 1944 von der Gestapo verhaftet und im März 1945 im KZ Gusen umkam.<sup>30</sup>

## Jüdischer Widerstand

Juden und Jüdinnen bzw. Menschen, die vom NS-Regime als Juden im Sinne der „Nürnberger Gesetze“ qualifiziert wurden, haben in vielfältiger Weise und in verschiedenen Formen überall in Europa Widerstand geleistet und sich „nicht wie die Schafe zur Schlachtbank“ führen lassen.<sup>31</sup> Zahlreiche, meist jüngere Juden und Jüdinnen haben in linken, vor allem kommunistischen Organisationen eine sehr aktive Rolle im Widerstand im vom NS-Regime besetzten Europa gespielt. Dies traf zum Beispiel für die 1942/43 aus Frankreich zum Widerstand nach Österreich zurückgekehrte Gruppe von KommunistInnen<sup>32</sup> und für die Koralm-Partisanen zu. In Letzterer waren zwei junge Spanienkämpfer jüdischer Herkunft – Leo Engelmann und Walter Wachs – führend tätig; Engelmann wurde nach seiner Gefangennahme am 1. April 1945 in einem RAD-Lager ermordet.<sup>33</sup>

Schließlich ist in diesem Zusammenhang auch zu erwähnen, dass tausende junge ins Ausland geflüchtete österreichische Juden sich nach Kriegsausbruch zu den alliierten Streitkräften meldeten (bzw. eingezogen wurden) und – mit einem nicht geringen Blutzoll – einen Beitrag zur Befreiung Europas und Ös-

30 Widerstand und Verfolgung in Wien, Bd. 3, 1984, S. 150 ff.; Lukas Andreas Oberlerchner, Evangelische Kirche in Österreich während der NS-Zeit, Dipl., Univ. Wien 2009, S. 100 f.

31 Jonny Moser, Österreichische Juden und Jüdinnen im Widerstand gegen das NS-Regime, in: Stefan Karner / Karl Duffek (Hrsg.), Widerstand in Österreich 1938–1945, Graz–Wien 2007, S. 125–132; Hermann Langbein, „... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank“. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938–1945, Frankfurt/M. 1980.

32 Siehe dazu unter Exilwiderstand weiter unten.

33 Hans Landauer, in Zusammenarbeit mit Erich Hackl, Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939, Wien 2003, S. 82.

terreichs leisteten. Die aktivste im jüdischen Milieu wirkende Widerstandsgruppe war die sogenannte „Mischlingsliga Wien“, der hauptsächlich „Mischlinge 1. Grades“ (im Sinne der „Nürnberger Gesetze“), aber auch „Volljuden“ und „Geltungsjuden“ angehörten. Die „Mischlinge“ wurden zwar nicht wie die Juden und Jüdinnen generell deportiert, waren aber zahlreichen Diskriminierungen, insbesondere im Schulbereich, ausgesetzt, so dass sich vor allem jugendliche Unzufriedene zum Widerstand entschlossen. In einem bezeichnenderweise mit „Messenhauser“ und „Münichreiter“ – hingerichtete Anführer der Revolution 1848 bzw. der Februarkämpfe 1934 – unterzeichneten Flugblatt wurde auf die Moskauer Deklaration der Alliierten hingewiesen und zum bewaffneten Kampf „für ein freies, unabhängiges, demokratisches Österreich“ nach dem Vorbild der jugoslawischen Partisanen“ aufgerufen. Der Anführer der Gruppe Otto Ernst Andreasch ist als Justizhäftling bei Entminungs- und Räumarbeiten 1944 ums Leben gekommen.<sup>34</sup>



Otto Ernst Andreasch (geb. 1921), Mitbegründer der „Mischlingsliga Wien“, wurde 1944 zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt und kam am 6. November 1944 bei Entminungs- und Räumarbeiten ums Leben.

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

## Bewaffneter Widerstand / PartisanInnen

Ohne eine politisch-moralische Wertung oder Hierarchisierung (etwa im Sinne von „höchster Form“ des Widerstandes) vorzunehmen, die andere Formen des Widerstandes relativieren oder bagatellisieren würde, kann festgestellt werden, dass der bewaffnete Widerstand in Europa Hitlerdeutschland und insbesondere dessen imperialistisch-rassistischer Kriegsführung am meisten schadete und letztlich – als Teil der siegreichen Anti-Hitler-Koalition – zur Niederlage des

<sup>34</sup> Widerstand und Verfolgung in Wien, Bd. 3, 1984, S. 348 f.; Interview Otto Horn, in: Erzählte Geschichte, Bd. 3, Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1992, S. 325–331.

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945

NS-Regimes beitrug. Der Partisanenkampf hatte zwar schon eine längere Tradition – das Wort Guerilla („kleiner Krieg“) leitet sich aus dem spanischen Unabhängigkeitskampf gegen Napoleon ab –, zu einer Ausweitung zum „Volkskrieg“ kam es aber erst im Laufe des Zweiten Weltkriegs, vor allem nach den deutschen Überfällen auf Jugoslawien und die Sowjetunion 1941. Ab 1942 wurden, meist auf Initiative von Kommunisten, auch in verschiedenen Teilen Österreichs bewaffnete Widerstandsgruppen gebildet. Diese Form des Widerstandes forderte einen hohen Blutzoll, vor allem weil sich die brutalen NS-Repressionsmaßnahmen auch gegen das zivile SympathisantInnenumfeld richteten

Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz formierte sich 1943 aus den Überlebenden der zerschlagenen kommunistischen Widerstandsgruppen in der Obersteiermark und nannte sich – der kommunistischen Volksfrontlinie folgend – Österreichische Freiheitsfront (ÖFF). Im Laufe des Jahres 1944 verübte die Gruppe mehrere Anschläge auf Bahnlinien und verlor bei Gefechten mit den sie verfolgenden NS-Kräften mehrere Kämpfer, unter ihnen Silvester Heider. Neben dem Raum Leoben war die ÖFF in der Gegend um Judenburg aktiv, weiters in Eisenerz und bei Eibiswald. In der zweiten Hälfte 1944 wurden die Gruppen, vor allem durch die Aufdeckung des zivilen Unterstützerumfelds, weitgehend aufgerieben. Einzelne Gruppen konnten sich aber trotz großer Verluste zum Teil bis 1945 behaupten und an der Befreiung mitwirken.<sup>35</sup>

Die im sowjetischen Exil befindliche KPÖ-Führung bemühte sich, durch den Einsatz von kampferfahrenen und verlässlichen Funktionären, vor allem aus den Reihen der Februar- und Spanienkämpfer, die meist mit dem Fallschirm abgesetzt wurden, bewaffnete Verbände aufzubauen. Vornehmlich aus ehemaligen Spanienkämpfern bestand die nach einer Ausbildung in Moskau Anfang August 1944 auf slowenischem Gebiet abgesetzte Kampfgruppe Steiermark, besser bekannt als Koralm partisanen, die in der Gegend der Sau- und Koralpe aktiv kämpfte. Von den ursprünglich 20 Männern sind acht im Kampf gefallen. Im Unterschied zu den auf die Sympathie der slowenischen Bauern und Bäuerinnen sich stützenden Kärntner PartisanInnen fiel es diesen mit Fallschirmen abgesetzten Widerstandskämpfern sehr schwer, in der Bevölkerung Fuß zu fassen, da hier die NS-Propaganda mit ihren antibolschewistischen Feindbildern stark wirksam war. Sowohl gegen Angehörige der ÖFF als auch gegen einzelne Koralm partisanen gab es nach 1945 – trotz einer gesetzlichen

35 DÖW 21829/25 (Verfahren LG Graz 10 Vr 5217/47). Siehe dazu ausführlich: Willibald Ingo Holzer, Die österreichischen Bataillone im Verband der NOV I POJ. Die Kampfgruppe Avantgarde/Steiermark. Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz, phil. Diss., Wien 1971.

Amnestie für Straftaten in Zusammenhang mit dem Widerstand – Gerichtsverfahren wegen angeblicher Übergriffe.<sup>36</sup>

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945



Konvoi der Kampfgruppe  
Steiermark (Koralmpartisanen)  
auf dem Weg nach Graz,  
9. Mai 1945

Foto: DÖW

Die sogenannten Salzkammergut-Partisanen unter der Leitung des im August 1943 aus dem KZ-Außenlager Hallein geflüchteten kommunistischen Spanienkämpfers Sepp Plieseis versteckten sich in einem Unterschlupf („Igel“) bei der Ischler Hütte im Toten Gebirge und pflegten intensive Kontakte zu Widerstandskreisen in der Umgebung. Die schwierige und gefährliche Versorgung der nach 1945 zum Mythos erhobenen „Partisanen“ erfolgte durch politisch engagierte Frauen aus dem Tal. Tatsächlich hatte die Gruppe, um keine Repressalien gegen die Zivilbevölkerung heraufzubeschwören, keinen bewaffneten Kampf aufgenommen oder gewaltsame Aktionen gesetzt. Karl Feldhammer aus Bad Aussee wurde allerdings im Zuge seiner Verhaftung durch die Gestapo Linz am 26. Jänner 1945 erschossen.<sup>37</sup> Insbesondere im bewaffneten Wider-

36 DÖW E 20734/1 (Verfahren des LG Graz 15 Vr 4871/48). Siehe dazu ausführlich: Christian Fleck, Koralmpartisanen. Über abweichende Karrieren politisch motivierter Widerstandskämpfer, Wien–Köln 1986.

37 Siehe dazu: Klaus Kienesberger / Michael Kienesberger / Wendelin Pressl, Unsichtbar. Widerständiges im Salzkammergut, Wien 2008; Christian Topf, Auf den Spuren der Partisanen.

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945

stand spielten Frauen eine hervorragende Rolle, indem sie – unter größtem Risiko – die Infra- und Kommunikationsstrukturen (Unterkünfte, Verpflegung, Nachschub, Informationen, Verbindungen etc.) aufbauten und aufrechterhielten.

Im Salzkammergut agierte ab Ende April 1945 auch eine vom britischen SOE im Hölleengebirge abgesetzte Kampfgruppe unter der Leitung des nachmaligen SPÖ-Abgeordneten Albrecht Gaiswinkler aus Bad Aussee. Beide Widerstandsgruppen traten im Zuge der Befreiung durch US-Truppen Anfang Mai 1945 politisch in Erscheinung und wirkten an der Rettung der aus ganz Europa geraubten Kunstwerke mit, die in einem Stollen des Salzbergwerks in Aussee eingelagert waren und auf Geheiß von Gauleiter Eigruber vernichtet werden sollten. Auch an der Verhaftung von NS-Verbrechern wie Ernst Kaltenbrunner waren diese Widerstandskämpfer beteiligt.<sup>38</sup>

## Widerstandskampf der Kärntner SlowenInnen

Die mit Abstand wichtigsten bewaffneten und tatsächlich kämpfenden Widerstandsgruppen waren die slowenischen PartisanInnen in Kärnten. Die Ursachen für die starke slowenische Widerstands- und Partisanentätigkeit lagen in der bald nach dem „Anschluss“ 1938 einsetzenden, von Kärntner Nationalsozialisten forcierten brutalen Germanisierungspolitik der NS-Machthaber, die auf die totale Assimilierung der slowenischen Volksgruppe, die Ausschaltung der nichtassimilierungswilligen „Nationalslowenen“ und letztlich die Vernichtung als Volksgruppe abzielte. Erster Höhepunkt war die Einweisung von nahezu 1000 „national gesinnten“ Kärntner SlowenInnen in Lager in Deutschland im April 1942.<sup>39</sup> Die nazistischen Zwangsmaßnahmen förderten den Widerstandsgest; viele junge Slowenen entzogen sich dem Dienst in der deutschen Wehrmacht und flüchteten nach Slowenien. Nach der Besetzung und Zerschlagung

Zeitgeschichtliche Wanderungen im Salzkammergut, Grünbach 1996; Peter Kammerstätter, Materialsammlung über die Widerstands- und Partisanenbewegung Willy Fred. Freiheitsbewegung im oberen Salzkammergut–Ausseeerland 1943–1945. Ein Beitrag zur Erforschung dieser Bewegung, Linz 1978.

38 Albrecht Gaiswinkler, Sprung in die Freiheit, Salzburg 1947; Helmut Kalss, Widerstand im Salzkammergut – Ausseeerland, Altaussee 2008.

39 Siehe dazu: Valentin Sima, Kärntner Slowenen unter nationalsozialistischer Herrschaft: Verfolgung, Widerstand und Repression, in: Emmerich Tálos / Ernst Hanisch / Wolfgang Neugebauer / Reinhard Sieder (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, S. 744–766.

Jugoslawiens 1941 kehrten viele in die Wälder ihrer Heimatdörfer zurück und bildeten die „grünen Kader“, die später in der Partisanenbewegung aufgingen.

Für die Entwicklung der Partisanenbewegung war es von entscheidender Bedeutung, dass die PartisanInnen infolge der NS-Germanisierungspolitik auf die Unterstützung weiter Kreise der Kärntner SlowenInnen zählen konnten. Weit über die kommunistische Kerngruppe hinaus sympathisierten auch katholisch, konservativ und national orientierte Angehörige der Volksgruppe mit den PartisanInnen; sie unterstützten diese mit Lebensmitteln, gewährten Unterkunft oder unterließen zumindest die – gesetzlich vorgeschriebene – Anzeige an die Behörden (Verstoß gegen § 139 RStGB). Der Terror der Gestapo richtete sich daher verstärkt gegen das UnterstützerInnen- und SympathisantInnenumfeld. Allein im November und Dezember 1942 wurden 200 Personen festgenommen und angezeigt. 35 standen im April 1943 vor dem in Klagenfurt tagenden Volksgerichtshof, 13 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt und am 29. April 1943 im Wiener Landesgericht hingerichtet.



France Pasterk-Lenart (geb. 1912) aus Lobnig, Kommandant des Ende März 1943 gebildeten 1. Kärntner Bataillons, fiel am 4. April 1943.

Foto: DÖW

Im Sommer 1942 formierten sich in Kärnten die ersten Gruppen der Os-vobodilna fronta / Befreiungsfront (OF), die ein Jahr zuvor als eine Art Volksfrontkoalition unter Titos kommunistischer Führung im ehemaligen Jugoslawien entstanden war. Die militärischen Einheiten der slowenischen PartisanInnen in Kärnten waren programmatisch und operativ Teil der jugoslawischen bzw. slowenischen Volksbefreiungsarmee. Der verstärkte NS-Terror konnte die Ausbreitung der Partisanenbewegung nicht aufhalten. Die Partisanenein-

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945

heiten griffen kleinere Stützpunkte, Kolonnen und Patrouillen der Besatzer an, zerstörten Bahnstrecken, andere Kommunikationseinrichtungen sowie kriegswichtige Betriebe und requirierten Lebensmittel, Bekleidung etc. für ihre Versorgung. Die slowenischen Partisaneneinheiten lieferten den dort zur „Bandenbekämpfung“ eingesetzten Polizei-, SS- und Wehrmachtseinheiten immer wieder Gefechte, bei denen hunderte WiderstandskämpferInnen, darunter der Kommandant des 1. Kärntner Bataillons France Pasterk–Lenart, gefallen sind. Am 8. Mai 1945 konnte die Partisanenarmee nahezu zeitgleich mit den britischen Truppen in Klagenfurt einziehen.

Die Angaben über die Anzahl der slowenischen WiderstandskämpferInnen schwanken zwischen ca. 600 und 800. Nach neuesten Forschungen von Augustin Malle wurden mehr als 900 Kärntner SlowenInnen aus politischen Gründen verfolgt.<sup>40</sup> Ungeachtet der politischen Orientierung der OF auf ein vereintes Slowenien als Teil eines „volksdemokratischen“ Jugoslawien ist der Widerstands- und Partisanenkampf der Kärntner SlowenInnen als wichtigster und effektivster „eigener Beitrag“ zur Befreiung Österreichs von der NS-Herrschaft anzusehen.

## Exilwiderstand

Als integrierender Bestandteil des österreichischen Widerstandes gegen das NS-Regime ist auch die vielfältige Tätigkeit von Exilorganisationen und aus Österreich Geflüchteten und Vertriebenen zu verstehen. Dies gilt insbesondere für jene ÖsterreicherInnen, die nach Kriegsausbruch in besetzten europäischen Ländern Widerstandsaktivitäten setzten, in Widerstands- oder Partisanengruppen tätig waren oder in Spanien gegen Franco und seine faschistischen Verbündeten kämpften. Ebenso trifft diese Einschätzung auf alle ÖsterreicherInnen auf Seiten der alliierten Streitkräfte und Nachrichtendienste zu.

Seit der deutschen Okkupation Frankreichs und der Benelux-Länder 1940 schlossen sich viele österreichische Flüchtlinge dortigen regionalen Wider-

40 Augustin Malle, Widerstand unter schwersten Bedingungen. Kärntner Slowenen im Widerstand, in: Karner / Duffek, Widerstand, S. 111–123. Meine Darstellung folgt weitgehend den Angaben von Malle. Siehe dazu weiters: Josef Rausch, Der Partisanenkampf in Kärnten im Zweiten Weltkrieg, Wien 1979; Spurensuche. Erzählte Geschichte der Kärntner Slowenen, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1990; August Walzl, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand gegen die NS-Herrschaft in Kärnten, Slowenien und Friaul, Klagenfurt 1994.

standsgruppen an. Deutsche und österreichische KommunistInnen arbeiteten – in enger Verbindung mit der Résistance – in der Travail Allemand (TA) zusammen, wobei eine rege Flugblatt- und Zeitungspropaganda betrieben wurde, insbesondere unter deutschen (bzw. österreichischen) Soldaten, die zum Desertieren veranlasst werden sollten. Diese äußerst gefährliche und verlustreiche Tätigkeit wurde vor allem von jungen Frauen durchgeführt – die sogenannte Mädelarbeit.<sup>41</sup>

Nach der katastrophalen deutschen Niederlage in Stalingrad Anfang 1943 schien – in einer sehr optimistischen Einschätzung – den kommunistischen WiderstandskämpferInnen das Ende des Naziregimes nahe gerückt und sie hielten den Zeitpunkt für gekommen, nach Österreich zurückzukehren und hier den Kampf zur Befreiung aufzunehmen. Als französische FremdarbeiterInnen getarnt kamen nach und nach mehr als 40 kommunistische FunktionärInnen nach Österreich, wo sie vor allem in Wien, aber nicht nur hier, mit dem Neuaufbau der von der Gestapo weitgehend zerschlagenen Parteistrukturen begannen. Vor allem in den Wiener Betrieben, wo die „Franzosen“ tätig waren, wurden Kontakte sowohl zu französischen als auch österreichischen ArbeiterInnen geknüpft und kommunistische Widerstandsnetze reaktiviert. Die Querverbindungen des österreichischen zum französischen Widerstand wurden von der Gestapo so ernst genommen, dass eine eigene Gruppe von Beamten der Wiener Gestapo nach Frankreich entsandt wurde, die mit größter Brutalität vorging. Nach den Verhören durch die Gestapo kamen die meisten jüdischen WiderstandskämpferInnen in KZ. So wurde beispielsweise der Textiltechniker René Hajek im August 1944 in Linz festgenommen und kam nach Haft in Auschwitz am 28. März 1945 im KZ Dachau um, während seine Lebensgefährtin Gerti Schindel nach Auschwitz bzw. Ravensbrück deportiert wurde; sie und das gemeinsame Kind Robert Schindel überlebten.<sup>42</sup>

Auf Grund eines Abkommens zwischen den kommunistischen Parteien Jugoslawiens und Österreichs wurden im Rahmen der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee (Tito-Partisanen) im Herbst 1944 fünf Österreichische Bataillone in Slowenien aufgestellt, von denen zwei 1945 zum Kampfeinsatz kamen. Der Großteil der Kämpfer waren verlässliche Kader der KPÖ, Spanienkämpfer bzw. zur Roten Armee übergelaufene Deserteure, die mit Flugzeugen aus der

41 Österreichischer im Exil. Frankreich 1938–1945. Eine Dokumentation, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1984, S. 25 ff., 177 ff.; Ingrid Strobl, Österreichische jüdische Exilantinnen in der Résistance, in: Context XXI, Wien 2003, Sondernummer 6–7, S. 12–19.

42 Exil Frankreich, S. 29 ff., 203 ff.; Erzählte Geschichte, Bd. 1, S. 246 ff.

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945

Sowjetunion nach Slowenien gebracht wurden. Die Bataillone waren nicht als Verstärkung der Tito-Partisanen gedacht; vielmehr sollten sie nach Südösterreich vordringen und an der Befreiung Österreichs im Sinne der Moskauer Deklaration mitwirken. Die politische Bedeutung der Österreichischen Bataillone in Slowenien liegt darin, dass sie die einzigen militärischen Einheiten unter österreichischem Kommando auf Seiten der Anti-Hitler-Koalition waren. Eine längere Dauer des Krieges im Jahr 1945 hätte möglicherweise diesen bewaffneten Widerstandsgruppen wie in anderen Ländern ein größeres politisches und militärisches Gewicht gegeben.<sup>43</sup>

Aufmarsch der Österreichischen  
Freiheitsbataillone vor dem  
Parlament in Wien, 17. Juni 1945

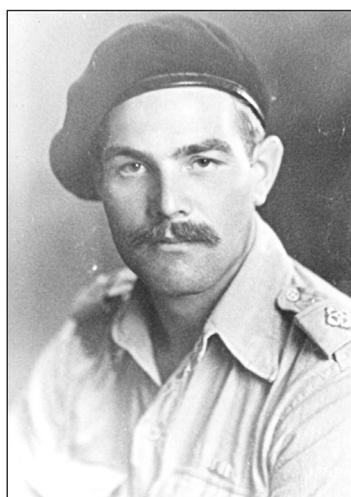
Foto: DÖW



Nach vorsichtigen Schätzungen von Siegfried Beer kämpften rund 10.000 ÖsterreicherInnen in den Armeen Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. In den alliierten Armeen waren die Österreicher in der Regel über alle Truppenkörper verstreut, was die Ortung und die zahlenmäßige Erfassung dieser Rekrutierten, aber auch der Gefallenen schwierig macht. ÖsterreicherInnen, ExilantInnen wie Kriegsgefangene, wirkten auch in alliierten Kommandounternehmen mit, wo sie zum Zweck der Spionage-, Sabotage- und Partisanentätigkeit über österreichischem Gebiet abgesetzt wur-

43 Holzer, Bataillone.

den.<sup>44</sup> Von den weit mehr als 100 todesmutigen FallschirmspringerInnen seien an dieser Stelle der bürgerlich-konservative Wolfgang Treichl aus Wien und der Tiroler Sozialist Hubert Mayr hervorgehoben, die bei ihrem Einsatz als SOE-Agenten im Oktober 1944 bzw. Jänner 1945 gefallen sind.<sup>45</sup>



Der Tiroler Spanienkämpfer Hubert Mayr war ab Mitte 1943 Angehöriger der britischen Armee in Nordafrika, später Italien. Er sprang im Jänner 1945 als Fallschirmkundschafter über Dellach im Drautal ab und gilt seither als vermisst.

Foto: DÖW, Spanienarchiv

Nach den akribischen Forschungen des einstigen Spanienkämpfers und nachmaligen DÖW-Mitarbeiters Hans Landauer kämpften im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939 ca. 1400 ÖsterreicherInnen auf Seiten der Republik, vor allem in den Internationalen Brigaden, in denen auch ein Bataillon „12. Februar“ aufgestellt wurde. Die ÖsterreicherInnen, zum Großteil ehemalige Schutzbündler, die eines der stärksten Freiwilligenkontingente stellten, wollten den in Österreich im Februar 1934 verlorenen Kampf gegen den Faschismus in Spanien wieder aufnehmen. Das Gros der SpanienkämpferInnen flüchtete nach der Niederlage im Frühjahr 1939 nach Frankreich; viele von ihnen wurden 1940 trotz Zusicherung von Straffreiheit durch die Deutsche Waffenstillstandskommission in KZ eingewiesen.<sup>46</sup> Mehr als 300 Spanienkämpfer sind umgekommen: 285 fielen im Kampf, 84 starben in deutschen KZ, andere ka-

44 Siegfried Beer, ÖsterreicherInnen in den westlichen Armeen und Geheimdiensten, in: Karner / Duffek, Widerstand, S. 231 ff.

45 Heinrich Treichl, Fast ein Jahrhundert. Erinnerungen, Wien 2003, S. 52 ff.; Peter Wallgram, Hubert Mayr. Ein Leben im Kampf um die Freiheit, Innsbruck–Wien–Bozen 2005.

46 Landauer / Hackl, Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer, S. 7, 37 f.

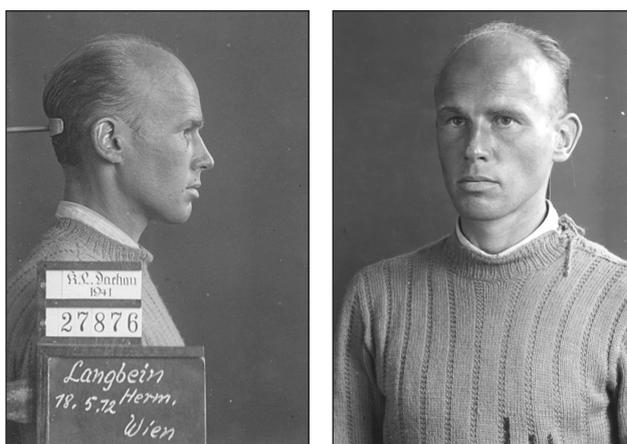
Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945

men nach 1939 als Widerstandskämpfer, Partisanen oder Angehörige alliierter Streitkräfte um.<sup>47</sup>

## Widerstand und Solidarität in Gefängnissen und Lagern

Erkennungsdienstliche Fotos von Hermann Langbein, aufgenommen in der politischen Abteilung im KZ Dachau, Mai 1941. Langbein war später in der Internationalen Widerstandsbewegung im KZ Auschwitz aktiv.

Foto: DÖW, Spanienarchiv



Auch in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern des „Dritten Reiches“, in denen zehntausende ÖsterreicherInnen inhaftiert waren, gab es – trotz der noch größeren Gefahren und Schwierigkeiten – Widerstand. Dabei standen die Organisierung der Solidarität, die Hilfe für die KameradInnen, die Sorge um das nackte Überleben im Vordergrund. Insbesondere versuchte man, die von der SS geschaffenen Zustände zu verbessern. Aber auch politische Diskussionen, Schulungen und kulturelle Tätigkeiten wurden durchgeführt, um das Durchhalten psychisch zu ermöglichen, Ausbruchsversuche unterstützt und andere illegale Aktivitäten unternommen. So setzte z. B. der zionistische Jugendfunktionär und Leiter der Jugendalijah in Wien (Einwanderungsorganisation für Jugendliche nach Palästina) Aron Menczer, der 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert wurde, dort seine Jugendarbeit illegal fort, ehe er nach Auschwitz deportiert wurde.<sup>48</sup> In der internationalen Widerstandsbewegung im KZ Auschwitz nahm der österreichische Spanienkämpfer Hermann Langbein

<sup>47</sup> Ebenda; [www.klahrgesellschaft.at/Referate/Landauer\\_1996.html](http://www.klahrgesellschaft.at/Referate/Landauer_1996.html).

<sup>48</sup> Elisabeth Klamper, „Auf Wiedersehen in Palästina“. Aron Menczers Kampf um die Rettung jüdischer Kinder im nationalsozialistischen Wien, Wien 1996.

eine wichtige Rolle ein. Fünf Angehörige dieser Gruppe, drei Österreicher und zwei Polen, wurden am 30. Dezember 1944 hingerichtet.<sup>49</sup>

Aus nahezu allen Häftlingsberichten geht hervor, dass sich die ÖsterreicherInnen auch als solche verstanden und die meisten in ihren politischen Zukunftsvorstellungen an ein eigenständiges Österreich dachten. Aus dem gemeinsam erfahrenen Leid in hitlerdeutschen Konzentrationslagern und Gefängnissen kam ein wichtiger Impuls zur Überwindung der großdeutschen Vorstellungen und für das Werden eines österreichischen Nationalbewusstseins.<sup>50</sup>

## Widerstand von Soldaten und Offizieren in der Wehrmacht

Während die Führung der Deutschen Wehrmacht an beispiellosen NS-Verbrechen beteiligt war und die meisten Offiziere und Soldaten bis zur Kapitulation am 8. Mai 1945 ihre „Pflicht“ erfüllten, wurden unzählige deutsche und österreichische Soldaten wegen verschiedener Widerstandsdelikte – Eid- und Kriegsdienstverweigerung, Desertion, Befehlsverweigerung, Selbstverstümmelung, Wehrkraftersetzung u. dgl. – von Militärgerichten verurteilt. Die durchwegs mit der Todesstrafe geahndete Wehrdienst- und Kriegsdienstverweigerung fand zum Großteil in der ersten Phase des Krieges statt, wobei mit Ausnahme einiger weniger Katholiken sämtliche Opfer Zeugen Jehovas waren. Das mit Abstand häufigste Entziehungsdelikt war die Desertion oder Fahnenflucht; die Zahl der verurteilten österreichischen Deserteure wurde von Thomas Geldmacher mit 4000 auf der Basis von 400 erfassten Personen hochgerechnet.<sup>51</sup> Auch hier war die Bestrafung rigoros: In fast der Hälfte der Verfahren wurden Todesurteile verhängt, von denen mehr als 60 % vollstreckt wurden. Während über die unzähligen von Feldgerichten an den Fronten und in den besetzten Ländern gefällten Urteile noch immer wenig Wissen vorhanden ist, liegen über die militärischen Hinrichtungsstätten Graz-Feliferhof und Wien-Kagran Arbeiten vor, die das beträchtliche Ausmaß des militärischen Widerstandes zeigen. Der langjährige DÖW-Bibliothekar Herbert Exenberger hat recherchiert, dass auf dem Militärschießplatz Kagran in den Jahren 1940

49 Hermann Langbein, Menschen in Auschwitz, Wien 1972, S. 304 ff.

50 Siehe dazu: Felix Kreissler, Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozeß mit Hindernissen, Wien 1984, insbes. S. 223 ff.; Wolfgang Neugebauer / Peter Schwarz, Stacheldraht, mit Tod geladen ... Der erste Österreichertransport in das KZ Dachau 1938, Wien 2008.

51 Thomas Geldmacher, „Auf Nimmerwiedersehen!“ Fahnenflucht, unerlaubte Entfernung und das Problem, die Tatbestände auseinander zu halten, in: Manoschek, NS-Militärjustiz, S. 133–194.

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945

bis 1945 129 Soldaten, darunter sowohl Deutsche als auch Österreicher, sowie Kriegsgefangene erschossen worden sind. Stefan Karner und Harald Knoll haben in einem Forschungsprojekt herausgearbeitet, dass am Feliferhof in den Jahren 1941 bis 1945 bis zu 300 Angehörige der Wehrmacht, der SS und der Exekutive hingerichtet worden sind. Darüber hinaus wurden am Feliferhof in der Endphase der NS-Herrschaft im April/Mai 1945 zahlreiche Personen verschiedener Herkunft – Juden, „Ostarbeiter“, WiderstandskämpferInnen, russische FallschirmspringerInnen u. a. – ohne Gerichtsverfahren von Gestapo und SS-Einheiten ermordet und in Massengräbern verscharrt.<sup>52</sup>

In Griechenland liefen in das Strafbataillon 999 gezwungene österreichische (und deutsche) Widerstandskämpfer zu den kommunistischen Partisanen (ELAS) über; Ähnliches ereignete sich in Jugoslawien und an der Ostfront. Neben den Entziehungsdelikten gab es eine Fülle weiterer von den Militärgerichten geahndeter Delikte wie „wehkräftzersetzende Äußerungen“, „Verratsdelikte“ und diverse Widersetzlichkeiten wie Gehorsamsverweigerung, Meuterei oder „Feigheit vor dem Feind“. So hatte sich z. B. der 19-jährige Soldat Otto Schimek – aus christlicher Überzeugung – mehrfach geweigert, an Erschießungen von polnischen ZivilistInnen teilzunehmen, und den Unmut von nazistischen Vorgesetzten zugezogen; 1944 wurde er von einem fliegenden Standgericht der 544. Volksgrenadierdivision wegen „Feigheit vor dem Feind“ und „Fahnenflucht“ zum Tode verurteilt und exekutiert.<sup>53</sup>

Otto Schimek (geb. 1925) aus Wien wurde am 14. November 1944 in Lipiny (Polen) erschossen.

Foto: DÖW



- 52 Herbert Exenberger / Heinz Riedel, *Militärschießplatz Kagran*, Wien 2003; Stefan Karner / Harald Knoll, *Der „Feliferhof“*. Forschungsprojekt des BMLV/Büro für Wehrpolitik, durchgeführt vom Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung, Wien 2001.
- 53 Jan Mikrut, Otto Schimek, in: Mikrut, *Martyrologie*, Bd. 1, S. 201–215; DÖW 20000/S190 (Feldurteil).

Besonders scharf verfolgte die Militärjustiz Selbstverstümmler, also Soldaten, die sich selbst Verletzungen zufügten, um dem Fronteinsatz zu entgehen. Allein am 7. Februar 1945 wurden 14 von Oberfeldrichter Karl Everts zum Tode verurteilte Soldaten in Kagrán exekutiert; als „Zuschauer“ waren ca. 170 Soldaten von im Raum Wien stationierten Truppenteilen „gestellt“, wodurch offenbar eine abschreckende Wirkung zur Eindämmung der in Wien grassierenden „Selbstverstümmelungsseuche“ erzielt werden sollte.<sup>54</sup>



Karl Lauterbach (geb. 1924) wurde am 26. Oktober 1944 wegen Wehrkraftzersetzung (Selbstverstümmelung) zum Tode verurteilt. Er wurde am 7. Februar 1945 mit 13 weiteren Soldaten in Kagrán erschossen.

Foto: DÖW

In der Endphase des Krieges, als die Niederlage Hitlerdeutschlands feststand, bemühten sich viele Soldaten und Offiziere der Wehrmacht, die aussichtslos gewordenen, verlustreichen Kämpfe abzukürzen und die von Hitler in den Nero-Befehlen angeordneten Zerstörungen von Gebäuden, Betrieben, Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen etc. zu verhindern. Bis in den Mai 1945 wurden diese Widerstandsaktivitäten durch Standgerichte von Wehrmacht, SS und NSDAP brutal zu unterdrücken versucht, wobei unzählige Soldaten und Offiziere, aber auch beteiligte ZivilistInnen in meist gar nicht mehr dokumentierten Schnellverfahren exekutiert wurden. Noch am 10. Mai 1945 wurden in Norwegen die Todesurteile gegen vier österreichische Soldaten, die am Tag der Kapitulation nach Schweden flüchten wollten, vollstreckt, und drei Tage später wurde der 20-jährige steirische Wehrmachtsdeserteur Bruno Dörfer – bereits in kanadischer Kriegsgefangenschaft in den Niederlanden – von einem deutschen Militärgericht zum Tode verurteilt und exekutiert.<sup>55</sup>

54 Widerstand und Verfolgung in Wien, Bd. 3, 1984, S. 403 ff.; Maria Fritsche, Die Verfolgung von österreichischen Selbstverstümmelern in der deutschen Wehrmacht, in: Manoschek, NS-Militärjustiz, S. 203 ff.

55 DÖW 19721 und 6947a; Geldmacher, „Auf Nimmerwiedersehen!“, S. 153; Der Spiegel, 2/1997, S. 68 ff.

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945

Die wichtigste militärische Widerstandsgruppe in Österreich hatte sich im Wehrkreiskommando XVII in Wien um Hauptmann Carl Szokoll gebildet. Diese Gruppe war bereits am 20. Juli 1944 spektakulär in Aktion getreten, als im Zuge der von Oberst Stauffenberg geleiteten „Operation Walküre“ führende Wiener NS-Funktionäre festgenommen wurden.<sup>56</sup> Der unentdeckt gebliebene nunmehrige Major Szokoll konnte im April 1945 Kontakt mit der Roten Armee aufnehmen, doch der Aufstandsplan („Operation Radetzky“) und damit die kampfbereite Übergabe Wiens fielen einem Verrat zum Opfer. Die Widerstandskämpfer Major Karl Biedermann, Hauptmann Alfred Huth und Oberleutnant Rudolf Raschke wurden von einem SS-Standgericht noch am 8. April 1945 zum Tode verurteilt und gehängt.<sup>57</sup>

## Überparteiliche Widerstandsgruppen

Gegen Ende des Krieges formierten sich vielerorts überparteiliche Widerstandsgruppen, deren AktivistInnen aus verschiedenen politischen und sozialen Lagern stammten; die Ablehnung des Nationalsozialismus, die Abkürzung des Krieges, die Er kämpfung der Freiheit waren das einigende Band. Da darüber meist keine Gestapo- und Gerichtsunterlagen vorhanden sind, ist man auf Nachkriegsquellen angewiesen, vielfach Gendarmeriechroniken bzw. -berichte für das „Rot-Weiss-Rot-Buch“, in denen der Widerstand meist übertrieben dargestellt wird.

Die bekannteste österreichische Widerstandsgruppe der Jahre 1944/45 war die O5. Protagonisten bzw. Apologeten haben sie später zu *der* österreichischen Widerstandsbewegung hochstilisiert – ein Anspruch, der durch die historischen Fakten und Quellen nicht belegt ist. Die O5 wurde von bürgerlich-konservativen Kräften, unter ihnen einige Aristokraten, initiiert und getragen, knüpfte später aber auch Kontakte zu Sozialdemokraten und Kommunisten. Nicht zuletzt die von Fritz Molden hergestellten Verbindungen zu den Westalliierten und zur Tiroler Widerstandsbewegung machten die O5 in der Endphase der NS-Herrschaft zu einem wichtigen politischen Faktor.

In einzelnen Orten und Gegenden konnten Widerstandskräfte die Zusammenbruchs- und Rückzugsphase des NS-Regimes ausnützende Befreiungsak-

56 Siehe dazu: Ludwig Jedlicka, *Der 20. Juli 1944 in Österreich*, Wien–München 1965.

57 *Widerstand und Verfolgung in Wien*, Bd. 3, 1984, S. 427 ff.

tionen durchführen. So befreite die Tiroler Widerstandsbewegung unter der Leitung des späteren Landeshauptmanns Karl Gruber die Stadt Innsbruck am 3. Mai 1945 noch vor dem Eintreffen der ersten US-Truppen. Beim Kampf um das Landhaus ist der Gymnasialprofessor Franz Mair gefallen. Zuvor war der Widerstandskämpfer Robert Moser am 22. April 1945 von der Gestapo Innsbruck zu Tode gefoltert worden.<sup>58</sup>



Der Tiroler Widerstandskämpfer Ludwig Steiner stellte 1945 den Kontakt zu den heranrückenden US-Truppen her.  
Bild: Lagebesprechung im Gendarmerieposten Zirl (Tirol), 30. April 1945. Von links nach rechts: Lt. Peter Random, Major Bland West, Ludwig Steiner.

Foto: DÖW

## Widerstand von ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen

Dass die großteils aus Ost- und Südosteuropa unter Zwang in das Deutsche Reich gebrachten FremdarbeiterInnen sowie die zur Zwangsarbeit eingesetzten Kriegsgefangenen ein erhebliches Widerstandspotential darstellten, war den NS-Machthabern bewusst – die Niederschlagung eines solchen möglichen Widerstandes hatte bekanntlich der von Oberst Stauffenberg umfunktionierte Generalstabsplan „Walküre“ im Visier. In den Gestapo-Tagesberichten ist eine Fülle von Widerstandshandlungen von sogenannten FremdarbeiterInnen und

<sup>58</sup> Horst Schreiber, *Nationalsozialismus und Faschismus in Tirol und Südtirol. Opfer – Täter – Gegner*, Innsbruck–Wien–Bozen 2007, S. 303 ff.; ders., *Widerstand und Erinnerung in Tirol 1938–1998. Franz Mair. Lehrer, Freigeist, Widerstandskämpfer*, Innsbruck 2000.

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945

Kriegsgefangenen dokumentiert; der Bogen reicht von antinazistischen Äußerungen über Sabotage bis zur Bildung von bzw. Beteiligung an Widerstands- und Partisanengruppen. Die Repression erfolgte noch brutaler als gegen Einheimische: tödlicher Schusswaffengebrauch, Hinrichtungen und Morde waren keine Seltenheit. So wurden 1941 vier polnische Arbeiter aus Trofaiach vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, weil sie sich 1940 über Jugoslawien zur polnischen Legion durchschlagen wollten.<sup>59</sup>

Der weit verzweigten Widerstandsorganisation Anti-Hitler-Bewegung Österreichs um den slowenischen Kommunisten Karel (Karl) Hudomalj gehörten auch zahlreiche sowjetische ZwangsarbeiterInnen an.

Karel Hudomalj (geb. 1905) wurde Anfang 1944 festgenommen und am 27. September 1944 im KZ Mauthausen ermordet.

Foto: DÖW



## Widerstand von Einzelnen, Resistenzverhalten

Andere Formen von Widerstand und Opposition – nichtorganisierter Widerstand von Einzelnen, passive Resistenz, Nonkonformismus, soziales Protestverhalten u. dgl. – sind erst spät in das Blickfeld der Widerstandsforschung geraten, obwohl sie genauso wie der organisierte Widerstand polizeilich und gerichtlich verfolgt wurden; so bezieht sich z. B. ein großer Teil der rund 10.000 Verfahren vor dem Sondergericht Wien auf Delikte nach dem sogenannten Heimtückegesetz, das waren defätistische Äußerungen, Verbreiten von Gerüchten, Witze über führende NS-Funktionäre, pro-kommunistische oder

59 DÖW 21062/9. Ein Bild einer Hinrichtung von zwei polnischen „Fremdarbeitern“ durch die Gestapo Innsbruck im Lager Kirchbichl, 1940, findet sich in: Widerstand und Verfolgung in Tirol, Bd. 1, Bildteil, Nr. 19.

pro-katholische Äußerungen, Singen verbotener Lieder, Verweigerung von Spenden oder des „Deutschen Grußes“ u. v. a. Aufgrund der Quantität und Qualität dieser Fälle wird dieser „individuelle Widerstand“ nicht zu Unrecht als „kollektive Systemopposition“ (Gerhard Botz<sup>60</sup>) verstanden. Solche Äußerungen konnten von der NS-Justiz auch als Wehrkraftzersetzung oder Vorbereitung zum Hochverrat verfolgt werden, wobei in diesen Fällen meist die Todesstrafe verhängt wurde. Bei diesen Delikten sowie bei „Rundfunkverbrechen“ (verbotenes Abhören ausländischer Sender) waren hauptsächlich Denunziationen von RegimeanhängerInnen, aber auch gehässigen NachbarInnen oder Bekannten für die Ausforschung entscheidend. So wurde z. B. der Pianist und Komponist Ladislaus Döry von Jobbahaza, ein Legitimist, der den „Führer“ in Privatgesprächen schwer beleidigt hatte, von seinem Bekannten Paul Seilern denunziert und 1943 vom Volksgerichtshof wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt; seine ungarische Staatsbürgerschaft rettete ihn vor der Exekution.<sup>61</sup>

Die Ablehnung der Normen und Ansprüche des NS-Systems durch bewusst anderes Verhalten – in Kleidung, Haarschnitt, Musik u. a. – spielte besonders im Milieu der Arbeiterjugend eine Rolle; der von der HJ ausgeübte Zwang stieß auf Widerstand und schlug sich auch in zahlreichen Überfällen auf HJ-Funktionäre nieder. Die Täter, meist im Alter zwischen zwölf und 15 Jahren, wurden vielfach ausgeforscht, von Gerichten abgeurteilt, in Lager gebracht oder zu Strafeinheiten der Wehrmacht eingezogen.<sup>62</sup> Andere Jugendliche, meist Gymnasiasten, entzogen sich den Anforderungen der Nazis, indem sie sich der aus den USA kommenden Unterhaltungsmusik wie Jazz und Swing zuwandten, die vom NS-Regime als Bedrohung ihrer ideologischen Vorstellungen einer deutsch-völkischen Jugenderziehung gesehen, als „Negermusik“ diffamiert und verboten wurde. Dessen ungeachtet oder gerade deswegen fand diese Musik beträchtliches Interesse, wobei zugleich auch gegen die Elterngeneration rebellierte.<sup>63</sup>

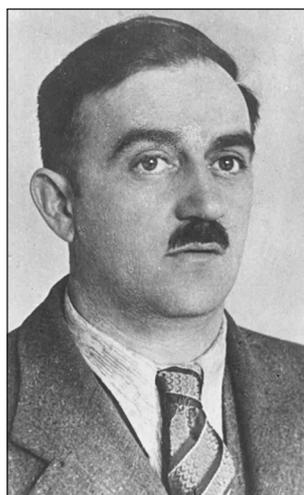
60 Gerhard Botz, Methoden- und Theorieprobleme der modernen Widerstandsforschung, in: Helmut Konrad / Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, Wien–München–Zürich 1983, S. 137–152.

61 DÖW 4197.

62 Christian Gerbel / Alexander Mejstrik / Reinhard Sieder, Die „Schlurfs“. Verweigerung und Opposition von Wiener Arbeiterjugendlichen im Dritten Reich, in: Tálos / Hanisch / Neugebauer / Sieder (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich, S. 523–548.

63 Widerstand und Verfolgung in Wien, Bd. 2, 1975, S. 443.

Von diesen Formen des „kleinen Widerstandes“ und des abweichenden Verhaltens von NS-Normen hebt sich die Hilfe für rassistisch Verfolgte, insbesondere für Juden und Jüdinnen, qualitativ ab, weil sie von zutiefst humanen Motiven getragen und eine bewusst regimeablehnende Handlung war. Unterkunftsgewährung für jüdische „U-Boote“ oder Lebensmittelweitergabe wurden mit Gestapo- oder KZ-Haft bestraft. Der aus Wien stammende Feldwebel Anton Schmid wurde 1942 hingerichtet, weil er im – vom österreichischen SS-Offizier Franz Murer kommandierten – Ghetto Wilna vielen Juden und Jüdinnen zur Flucht verholfen hatte. Von den mehr als 20.000 als „Gerechte der Völker“ von Israel ausgezeichneten JudenretterInnen stammen 90 aus Österreich, mehr als die Hälfte davon Frauen. Es waren – so der zutreffende Titel des Buches von Erika Weinzierl – „Zu wenig Gerechte“.<sup>64</sup>



Anton Schmid (geb. 1900) verhalf vielen Juden und Jüdinnen im Ghetto Wilna zur Flucht. Er wurde 1942 von einem Feldgericht zum Tode verurteilt und am 13. April 1942 erschossen.

Obwohl Sabotage zu den effizientesten Widerstandshandlungen zählt, waren Sabotagehandlungen eher selten. Es gab zwar gelegentlich Aufrufe in illegalen Publikationen, doch vor allem die kommunistischen WiderstandskämpferInnen in den Betrieben beschädigten in der Regel nicht ihre Arbeitsgeräte oder ihre Produktion.

Schließlich dokumentiert das DÖW im Vorfeld von Widerstand und Opposition auch die verschiedenen Formen sogenannten „asozialen“ Verhaltens, Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin, die massenhaft abgeurteilte Pseudokrimi-

64 Erika Weinzierl, *Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945*, 4., erw. Aufl., Graz–Wien–Köln 1997.

nalität (wie etwa Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnungen, also Schwarzschlachten, Nichtablieferung von bäuerlichen Produkten, „Schleichhandel“), Homosexualität, „Rassenschande“ sowie die terroristisch abgeurteilte normale Kriminalität, um das ganze Ausmaß aller jener Verhaltensweisen zu erfassen, die vom NS-Regime unerwünscht waren und verfolgt wurden. Diese wegen solcher Delikte zum Tode verurteilten und hingerichteten bzw. in KZ eingewiesenen und umgekommenen Menschen sind vom DÖW als Opfer politischer Verfolgung (im weitesten Sinn) berücksichtigt worden. So wurde beispielsweise der Fleischhauer Johann Wittmann aus Wolkersdorf wegen Schwarzschlachtens 1942 vom Sondergericht Wien nach § 1 Kriegswirtschaftsverordnung zum Tode verurteilt und hingerichtet.<sup>65</sup> Die in der Forschung verwendeten Kategorien „Kollektive Systemopposition“ (Gerhard Botz) bzw. „Resistenzverhalten“ (Bayern-Projekt) sollen freilich die qualitativen Unterschiede zum Widerstand nicht einebnen.<sup>66</sup>

## Größenordnung, Ergebnisse und Bedeutung des Widerstandes

Eine Größenordnung über den Umfang des Widerstandes anzugeben ist ebenso schwierig wie problematisch. Wer kann heute feststellen, wie viele AktivistInnen, Mitglieder oder SympathisantInnen die in tiefster Illegalität wirkenden Widerstandsgruppen aufwiesen? Aus Konspirationsgründen wurden grundsätzlich keine Listen der Beteiligten geführt und aus demselben Grund wurde das Wissen über andere Angehörige einer Widerstandsgruppe nach Möglichkeit gering gehalten. Zwar wurde der Großteil des österreichischen Widerstandes von der Gestapo zerschlagen und die WiderstandskämpferInnen wurden vor NS-Gerichte gestellt oder in KZ eingewiesen; ein kleiner Teil entging allerdings der Verfolgung und scheint daher in den Unterlagen der NS-Verfolgungseinrichtungen nicht auf. Dies gilt insbesondere für die letzte Phase der NS-Herrschaft 1944/45, als der Widerstand neuen Zulauf erhielt und der NS-Repressionsapparat nicht mehr so perfekt funktionierte wie zuvor. Die für diese Phase zum Teil vorhandenen, nach der Befreiung 1945 angelegten Listen

65 Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich, Bd. 3, 1987, S. 591.

66 Botz, Theorieprobleme; Martin Broszat et al. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde., München–Wien 1977 ff. Siehe dazu auch den Beitrag zur Widerstandsforschung in dieser Online-Publikation.

von AktivistInnen oder Mitgliedern dürfen allerdings nicht unkritisch gesehen werden, denn zumindest vorübergehend war es 1945 opportun, zum Widerstand gehört zu haben.

Bestenfalls ungefähre Anhaltspunkte über das Ausmaß des österreichischen Widerstandes liefern die Zahlen der Opfer, also die festgenommenen, gerichtlich abgeurteilten oder in Konzentrationslager eingewiesenen WiderstandskämpferInnen. Diese Zahlen sind insofern einigermaßen verlässlich, als ein nicht geringer Teil der Unterlagen von Gestapo und Gerichten erhalten geblieben ist und zudem nach 1945 aufgrund des Opferfürsorgegesetzes anspruchsberechtigte Opfer des Nationalsozialismus erfasst worden sind. Wenn man die Quellen aller NS-Verfolgungsinstanzen – Gestapo, Gerichte, Konzentrationslager etc. – sowie die Opferfürsorgeakten berücksichtigt bzw. fehlende Bereiche hochrechnet oder schätzt, kommt man zu dem Ergebnis, dass die Zahl der dem Widerstand angehörenden ÖsterreicherInnen in der Größenordnung von etwa 100.000 gelegen sein dürfte. Die Größe des SympathisantInnenumfeldes, etwa der slowenischen PartisanInnen, des kommunistischen Widerstandes in den Betrieben oder der Gläubigen in den Kirchen, wird wohl kaum feststellbar sein.

Der Widerstand, sein Ausmaß und seine Bedeutung, kann nur im Zusammenhang mit dem Gesamtverhalten der ÖsterreicherInnen in der NS-Zeit, also unter Berücksichtigung des österreichischen Nationalsozialismus, der partiellen oder zeitweisen Zustimmung von Bevölkerungsgruppen zum System und anderen Faktoren, bewertet werden. Eine solche Beurteilung kann freilich nicht in Form einer bloßen Gegenüberstellung von größenordnungsmäßig 100.000 WiderstandskämpferInnen mit 700.000 NSDAP-Mitgliedern erfolgen; denn die einen hatten ihre gesamte Existenz zu riskieren, die anderen genossen die Vorteile einer die alleinige Macht ausübenden Staatspartei. Gemessen an der großen Zahl der – vom DÖW nun namentlich erfassten – Opfer waren die praktischen Ergebnisse des Widerstandskampfes – etwa in Richtung einer Gefährdung des NS-Regimes, einer ernstlichen Schädigung der NS-Kriegsmaschinerie oder der Erringung der Hegemonie in der Bevölkerung – eher bescheiden. Die Befreiung Österreichs von der NS-Herrschaft war nicht das Werk einer Revolution von unten oder eines nationalen Freiheitskampfes, sondern das ausschließliche Verdienst der alliierten Streitkräfte, von denen mehr als 30.000 Soldaten 1945 auf österreichischem Boden gefallen sind. Der Widerstand war aber im Hinblick auf den 1943 in der Moskauer Deklaration der Alliierten geforderten eigenen Beitrag Österreichs zu seiner Befreiung von eminent politischem Wert, wie sich bei den Bemühungen um den Staatsvertrag herausstellte. Schließlich waren Männer und Frauen, die im Widerstand aktiv

oder vom Regime verfolgt worden waren, in nicht geringem Maße an der Bildung der provisorischen Regierung und am Neuaufbau des politischen Systems und der Verwaltung 1945 beteiligt.

Namentliche  
Erfassung  
der Opfer  
politischer  
Verfolgung  
1938–1945